

## Gedenkstätte

Die Stadt wollte sich aus der Verantwortung stehlen. DIE LINKE sorgte dafür, dass die Gedenkstätte an der FH genügend Geld erhält. **S.2**

## Abgeholzt

In einer Nacht- und Nebelaktion wurden gesunde Bäume am Martin-Luther-Platz von der Stadt abgeholzt - für eine Tiefgarage. **S.3**

## Alles grün?

Selbstherrlich beschloss die Verwaltung die Gestaltung des Platzes vor dem Schauspielhaus. Bürgermitbestimmung? Fehlanzeige! **S.3**

## Warten und warten

Schon längst sollten die Häuser an der Hammer Dorfstraße saniert werden. Jetzt kommt etwas Bewegung auf - vielleicht. **S.4**

## Bald wieder im Einsatz



Foto: ©flickr2.0/marfis75

## Hebammen vor dem Aus

### Bald ohne Versicherungsschutz

Der Beruf der Hebamme ist einer der ältesten der Welt. Bereits im 2. Buch Moses werden Hebammen erwähnt. Auch Sokrates berichtet über ihre Aufgaben. Wenn nicht etwas Entscheidendes passiert, wird es in Deutschland allerdings bald keine freiberuflichen Hebammen mehr geben.

Seit Jahren wird es den Hebammen immer schwerer gemacht, ihren Beruf auszuüben. Viele haben schon aufgegeben. Grund hierfür sind die extrem angestiegenen Kosten für die Berufshaftpflichtversicherung. Waren 1981 noch - umgerechnet - 30,68 Euro für eine Jahresversicherung zu zahlen, so stieg sie bis heute auf 4.480 Euro an. Ab Juli 2014 werden 5.090 Euro pro Jahr fällig. Da die Leistungen der Krankenkassen nicht im gleichen Umfang gestiegen sind, bleibt den Hebammen immer weniger als Lohn.

In den Medien ist zu lesen und zu hören, dass es jetzt angeblich eine Lösung gäbe. In Verhandlungen sei erreicht worden, dass die Pauschalen der Krankenkassen angehoben werden und dass dabei die gestiegenen Versicherungsprämien eingerechnet worden sind.

Allerdings ist die exorbitante Steigerung der Versicherungsprämie unbedeutend

gegenüber dem, was in Zukunft zu erwarten ist. Zurzeit werden von zwei Versicherungskonsortien Berufshaftpflichtversicherungen für diesen Berufsstand angeboten. Eine in beiden Konsortien vertretene Versicherung hat angekündigt, aus beiden Konsortien im Juni 2015 auszustiegen. Damit ist ab diesem Datum das Angebot einer Haftpflichtversicherung gefährdet. Angeblich soll jetzt eine andere Versicherung bereit sein, bis 2016 einzuspringen. Allerdings werden dann die jährlichen Kosten auf über 6.000 Euro ansteigen. Und die Einstellung der Versicherung würde nur um ein Jahr hinausgeschoben. Ohne Versicherung kann der Beruf nicht mehr ausgeübt werden.

Hebammen unterstützen Schwangere nicht nur bei der Geburt, sondern begleiten die Frauen während der gesamten Schwangerschaft und stehen ihnen auch nach der Geburt beratend zur Seite. Mit ihren Diensten versorgen Hebammen Jahr für Jahr tausende von Frauen in der Bundesrepublik. Das muss auch so bleiben, denn ohne Hebammen wird in Zukunft diese Zahl von Frauen in Arztpraxen und Kliniken strömen. Abgesehen davon, dass weder die Praxen noch die Kliniken die Kapazitäten dafür haben, können sie

die Dienstleistung, die Hebammen liefern, gar nicht anbieten.

Wenn die Versorgung von Frauen in der Schwangerschaft und die Geburtshilfe gesichert werden sollen, dann muss alles dafür getan werden, damit Hebammen auch in Zukunft ihren Beruf ausüben können. Dafür gibt es Lösungsmöglichkeiten, die in anderen europäischen Ländern bereits umgesetzt sind. So wäre ein Fonds sinnvoll, der ab einer gewissen Versicherungsleistung eingreift. Eine Grundversicherung wäre damit sowohl für Versicherungsgesellschaften als auch für Hebammen finanzierbar.

Wenn man allerdings der Meinung ist, das kann die Gemeinschaft nicht leisten, dann wird es in Zukunft keine Hebammen mehr geben und damit eine wesentlich schlechtere Versorgung der Schwangeren. Das Problem kann nur auf Bundesebene gelöst werden. Deshalb hat DIE LINKE zur Ratssitzung im April eine Resolution eingebracht, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, schnellstens eine Lösung zu finden. Der politische Druck muss auf allen Ebenen aufgebaut werden.

Am 05. Mai findet der Internationale Hebammentag statt.

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit der Kommunalwahl am 25. Mai geht die jetzige Wahlperiode für den Rat und die Bezirksvertretungen zu Ende. In diesen fünf Jahren haben wir in zwölf Ausgaben des R(h)einblicks mit insgesamt 314.000 Exemplaren über die Arbeit der Vertreter und Vertreterinnen der LINKEN im Rat, in den Fachausschüssen und den Bezirksvertretungen berichtet.

In den Ratssitzungen hat unsere Fraktion insgesamt 230 Anträge und Anfragen gestellt, weitere 440 in den Fachausschüssen. In den Sitzungen der Bezirksvertretungen wurden über 450 Anträge und Anfragen der Vertreter und Vertreterinnen der LINKEN behandelt.

Nun ist Masse nicht automatisch Klasse. Wir sind aber der Meinung, dass unsere Fraktion für die Politik in Düsseldorf wichtige Impulse gegeben hat. Darüber haben wir ausführlich im R(h)einblick berichtet. Sämtliche Ausgaben des R(h)einblicks sind auf unserer Internet-Seite zu finden.

Unsere Zeitung stellt einen Gegenpol zur gleichgeschalteten Lokalpresse dar und trifft damit auf ein Bedürfnis der Düsseldorfer Bevölkerung. Das wird auch dadurch deutlich, dass die Auflage des R(h)einblicks kontinuierlich angestiegen ist, genauso wie die Zahl der Abonnenten und Abonentinnen. Am 25. Mai entscheiden Sie auch darüber, ob der R(h)einblick weiterhin erscheint. Wenn DIE LINKE wieder in Fraktionsstärke in den Rat einzieht, werden wir auch in den nächsten Jahren kritisch über die Düsseldorfer Politik berichten.

Ihre Redaktion  
Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 8995123  
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de  
www.linksfraktion-duesseldorf.de

## Keine Papiere, keine ärztliche Versorgung

Schätzungen der Bundesärztekammer zufolge leben in Deutschland zwischen 200.000 und 600.000 Menschen ohne rechtlichen Aufenthaltsstatus, die meisten von ihnen in Großstädten. Aus Angst vor Abschiebung meiden sie dringend notwendige Arztbesuche. Erkrankungen verschlimmern sich so, oftmals enden sie im medizinischen Notfall.

Die Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative STAY unterstützt diese Menschen, indem sie ihnen medizinische Hilfe über das MediNetz vermittelt. Dieses Engagement ist eine bedeutende Hilfe, kann einen Zugang zur Regelversorgung jedoch nicht ersetzen. Das Menschenrecht auf Gesundheitsversorgung darf zudem nicht von ehrenamtlicher Tätigkeit abhängig sein. DIE LINKE fordert die Umsetzung des Rechts auf ärztliche Versorgung für alle Menschen. Im Ausschuss für Gesundheit und Soziales beantragten wir, die Erfahrungen von MediNetz aufzugreifen und einen anonymen Krankenschein einzuführen. Ohne die Gefahr von Abschiebung sollte so ein Zugang zur Gesundheitsversorgung geschaffen werden.

CDU und FDP erachteten einen solchen Zugang für nicht notwendig, der Antrag wurde abgelehnt.

## Bäderkonzept

Die Bädergesellschaft verwaltet alle städtischen Bäder in Düsseldorf. Bereits im Februar 2011 wurde die Geschäftsführung der Gesellschaft beauftragt, ein für die Zukunft tragfähiges Konzept für die Düsseldorfer Bäder (Bäderkonzept 2020) zu erstellen. Es sollte noch im gleichen Jahr den städtischen Ratsgremien vorgestellt werden. Nach zwei Jahren wollten wir wissen, was aus diesem Konzept geworden ist. Im Februar 2013 antwortete die Verwaltung auf unsere Anfrage, dass noch weiterer Abstimmungsbedarf bestehe. Die Bädergesellschaft sei im Januar 2013 gebeten worden, den Entwurf des Konzeptes hinsichtlich der aktuellen Bedarfsentwicklung für das Schulschwimmen zu überprüfen.

Ein weiteres Jahr ist vergangen, ohne dass das Konzept vorgelegt wurde. Dadurch ist die Zukunft z. B. des Allwetterbades in Flingern völlig ungewiss. Vor den Kommunalwahlen wollte die Verwaltung wahrscheinlich keine unpopulären Entscheidungen präsentieren.

## Ratsmitglieder ahnungslos Verträge werden nicht vorgelegt

Zur Ratssitzung am 04. April 2014 wurde eine Verwaltungsvorlage zum neuen Ballettprobenhaus auf die Tagesordnung gesetzt. Die Ratsmitglieder sollten einem Vertrag mit einem Investor zustimmen, der das Gebäude bauen und für einen begrenzten Zeitraum betreiben soll. Die Stadt verpflichtet sich, dass Probenhaus für den gleichen Zeitraum anzumieten. Mit dem Mietpreis werden die Kosten für den Bau, den Unterhalt und die Finanzierung bezahlt.

Den Ratsmitgliedern wurde das Gleiche bekanntgegeben, was auch in den Tageszeitungen nach zu lesen war. Dass der Gesamtpreis sich von der ursprünglichen Berechnung um ca. 8 Millionen auf über 26 Millionen Euro verteuert hat, dass für das städtische Grundstück mit dem Investor ein Erbpachtvertrag geschlossen werden soll und dass der Mietvertrag über einen Zeitraum von 30 Jahren abgeschlossen wird.

Den Vertrag selbst bekamen die Ratsmitglieder nicht zu lesen. Das ist bei solchen Verträgen auch nicht üblich und auch in der Vergangenheit wurden Verträge, die mit Investoren geschlossen wurden, nicht vorgelegt. Dieses geschieht angeblich aus Sorge um den Schutz der Investoren, da ansonsten zu befürchten sei, dass die Verträge öffentlich gemacht würden. Nach der Gemeindeordnung haben Ratsmitglieder



Verträge sind für die Öffentlichkeit reines Glücksspiel

Foto: ©flickr/clry2

das Recht, Verträge einzusehen. Dazu muss mit der Verwaltung ein Termin vereinbart werden. In den Räumlichkeiten der Verwaltung können die Akten eingesehen werden, allerdings ist es verboten Kopien oder Notizen zu machen. Unter diesen Bedingungen ist es unmöglich, die Unterlagen ausreichend zu prüfen und sich kompetent damit zu beschäftigen.

Bei diesen Verträgen geht es oft um mehrstellige Millionenbeträge und um langfristige Vertragslaufzeiten. Es geht um städtisches Vermögen. Nach Meinung der Stadt sind aber nur die Interessen des Investors schutzwürdig,

nicht die der EinwohnerInnen.

Um das Vermögen der Stadt zu schützen, hat DIE LINKE Ratsfraktion den Antrag gestellt, dass in Zukunft sämtliche Verträge, über die der Rat zu entscheiden hat, den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Dieses soll mit einem ausreichenden Vorlauf geschehen, damit die Inhalte verantwortungsvoll geprüft werden können. Dieser Antrag fand keine Mehrheit. Die meisten Ratsmitglieder wollen weiterhin unwissend bleiben. Man muss die Frage stellen, wozu ein Rat da ist, wenn er sich selbst in seinen Möglichkeiten beschneidet.

## Deportation Düsseldorfer Juden Gedenkstätte Dank der Initiative der LINKEN

Die Fachhochschule Düsseldorf zieht ab dem kommenden Winter auf das Areal des ehemaligen Schlacht- und Viehhofs und der Brauerei Schlösser in Derendorf. Der neue Standort ist ein denkwürdiges Gelände. In den Jahren 1941 bis 1944 war die Großviehhalle des Schlachthofs Sammelplatz für über 6.000 jüdische Männer, Frauen und Kin-

der aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf. Vom nahe gelegenen Derendorfer Güterbahnhof wurden sie in die Ghettos und Vernichtungslager im Osten deportiert.

Wegen der besonderen Funktion der Großviehhalle bei der Deportation plant die Fachhochschule Düsseldorf auf dem Gelände einen Erinnerungs- und Lernort

einzurichten. In der Gedenkstätte soll über die Geschehnisse während der NS-Zeit und das Schicksal der deportierten Menschen informiert werden, weiterhin sind Angebote für eine nachhaltige historisch-politische Bildung geplant.

Die Kosten liegen bei rund 390.000 Euro, etwa die Hälfte wurde bereits durch Fördermittel und Spenden eingeworben. Die fehlenden 200.000 Euro darf die Fachhochschule selbst nicht tragen, da es sich um kein Projekt der Forschung und Lehre handelt. DIE LINKE sieht die Stadt Düsseldorf in der Pflicht, sich an einer Finanzierung der Gedenkstätte zu beteiligen.

Aus diesem Grund beantragten wir zur Ratssitzung im vergangenen Dezember die Bereitstellung der fehlenden 200.000 Euro. Nach der Zusicherung, dass die Stadt hier tätig werden wird, haben wir den Antrag zurückgezogen. In der Ratssitzung im Februar wurde daraufhin die Bereitstellung der 200.000 Euro beschlossen. Der Erinnerungs- und Lernort kann somit eingerichtet werden.



Als wäre nichts gewesen - Schlachthof 1947

Foto: ©Stadtarchiv Düsseldorf

## Wir machen den Weg frei

### Abholzungen auf dem Martin-Luther-Platz

Die Neugestaltung des Martin-Luther-Platzes ist Teil der Planung des zweiten Bauabschnitts des Kö-Bogens. In der Planung vorgesehen ist eine Baumallee, die sich bis zum Hofgarten erstreckt. Um diese umsetzen zu können, war vorgesehen, dass die alten Bäume auf dem Platz verschwinden. Da es sich aber um gesunde Bäume handelte, wäre niemals eine Genehmigung zur Fällung erteilt worden.

Doch es gab eine Lösung. Der Besitzer der Shadow-Arkaden will die Tiefgarage bis unter den Martin-Luther-Platz erweitern. Dazu ist eine sogenannte „Befreiung von der Nutzung“ notwendig, über die normalerweise in der zuständigen Bezirksvertretung entschieden wird. Da es sich sehr schnell abzeichnete, dass in der Bezirksvertretung für die Innenstadt eine Mehrheit gegen diese Befreiung war, wurde das Verfahren an den Planungsausschuss verwiesen, angeblich weil es sich um eine bezirksübergreifende Maßnahme handelt. Dagegen hat der Vertreter der LINKEN eine Klage am Verwaltungsgericht eingereicht, weil er seine Rechte nicht gewahrt sieht.

Obwohl das Gerichtsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, wollte die Stadt vollendete Tatsachen schaffen, in dem sie die Bäume fällen ließ. Das Vorhaben



Vollendete Tatsachen

Foto: ©Uwe Koopmann

wurde vor der Ausführung bekannt und löste wütende Proteste unter der Bevölkerung aus. Die Baumschutzgruppe schrieb mehrer Briefe an den Oberbürgermeister und organisierte Protestaktionen. Trotzdem wurden in einer Nacht- und Nebelaktion die Bäume auf dem Platz gefällt. Die dreizehn gefällten Bäume standen im Bereich der Baugrube für die Tiefgarage und entsprechen zufällig den Bäumen, die der vorgesehenen Baumallee weichen sollten.

Um die Bäume fällen zu können, erließ die Stadt eine Teilbaugenehmigung für die Baugrube und gestattete dem Investor der Tiefgarage, auf dem städtischen Martin-Luther-Platz tätig zu werden. Das Ganze ohne Einschaltung der zuständigen politischen Gremien,

was ein Verstoß gegen die städtische Satzung bedeutet.

Als DIE LINKE im Planungsausschuss nachfragte, wie die Stadt sich denn über ihre eigene Satzung hinwegsetzen könne, verursachte sie zwar bei der Verwaltung höchste Nervosität, erhielt aber keine Antwort.

Also bleibt uns wieder nur der Klageweg, um zu klären ob das Handeln der Stadt rechtmäßig ist.

Wahrscheinlich wird der Investor der Tiefgarage bald öffentlich erklären, dass eine Überprüfung der Investition ergeben hat, dass der Bau der Garage sich nicht rentiert. Die Fällungen sind dann aber nicht mehr rückgängig zu machen und der geplanten Baumallee steht buchstäblich nichts mehr im Weg.

## Planung nach Gutsherrenart

### Bevölkerung bleibt ausgeschlossen

In den letzten Wochen ist ausführlich über die geplante Bebauung rund um den Gustav-Gründgens-Platz berichtet worden. Der Bereich um den Platz gehört zum Kö-Bogen 2. Bauabschnitt.

DIE LINKE hat das gesamte Projekt Kö-Bogen abgelehnt. Vorwiegend aus Kostengründen. Denn die Stadt muss für die Tunnelanlagen, die neue Oberflächengestaltung und den Umbau des Hofgartens ca. 350 bis 400 Millionen Euro zahlen. Nicht eingerechnet sind die Folgekosten, die allein für die Tunnelanlagen bei ca. 15 Millionen Euro pro Jahr liegen werden. Ein weiterer Grund für

unsere Ablehnung ist der zunehmende Autoverkehr, der durch die Bebauung des Jan-Wellem-Platzes und die Untertunnelung in die Innenstadt geführt wird. Diese Befürchtung sehen wir auch dadurch bestätigt, dass mehrere vorhandene Tiefgaragen in diesem Bereich erweitert werden sollen.

Ende vergangenen Jahres sind vier Architekten-Büros bestimmt worden, die Entwürfe für die Randbebauung des Gustav-Gründgens-Platzes liefern sollten. Schon dieses Verfahren wurde von uns kritisiert. Es geht hier um die Gestaltung eines zentralen Platzes in

der Stadt. Dafür sollte unserer Meinung nach ein offener Architekten-Wettbewerb stattfinden, um einen optimalen Entwurf zu finden. Ob mit vier Entwürfen ein Optimum erreicht wird, ist mehr als zweifelhaft.

Von allen Seiten wird eine Beteiligung der Einwohner und Einwohnerinnen an der Gestaltung des Bereiches eingefordert. Es gibt allerdings wesentliche Unterschiede in der Auffassung, was eine Beteiligung ist. DIE LINKE ist der Meinung, dass aus der Bevölkerung Vorschläge und Anregungen kommen sollten, die in die Entwürfe der Architekten einfließen sollen. Auch an der Auswahl des besten Entwurfes soll die Bevölkerung beteiligt werden. CDU und FDP verstehen unter Beteiligung der Einwohner und Einwohnerinnen eine Versammlung, bei der Entwürfe vorgestellt werden. Eine breite Diskussion und ein Mitwirken bei der Auswahl ist weder gewünscht noch wird sie durchgeführt. Da diese Fraktionen die Mehrheit im Rat haben, ist genau danach verfahren worden. Dieses Verfahren lehnen wir ab, genauso wie über die Entwürfe zu diskutieren, die auf diese Art und Weise zustande gekommen sind.



Mitsprache bei der Gestaltung ist nicht erwünscht

Foto: Rheinblick

## Hartz IV-Wohnungskosten

Wohnungskosten für Hartz IV-Beziehende werden vom Jobcenter nur bis zu einer bestimmten Höhe übernommen. In Düsseldorf liegt diese Mietobergrenze für Ein-Personen-Haushalte bei 385 Euro, was nach Abzug der durchschnittlichen Nebenkosten einer Kaltmiete von deutlich unter 6 Euro/qm entspricht.

Vorgeschrieben ist, dass die Mietobergrenze anhand der Mietpreisentwicklung regelmäßig überprüft und angepasst werden muss.

Obwohl aufgrund der gestiegenen Mieten in Düsseldorf somit eine deutliche Erhöhung hätte erfolgen müssen, hat die Stadt seit fünf Jahren jede Anpassung verweigert. Als Folge sind Hartz IV-Beziehende gezwungen, Wohnungen zu suchen, die es kaum gibt.

DIE LINKE forderte daher im Ausschuss für Gesundheit und Soziales eine schnellstmögliche Anpassung der Mietobergrenze an die tatsächlichen Mietpreise. Bis zur Umsetzung sollte die aktuelle Grenze – einem Urteil des Bundessozialgerichts folgend – um 10 Prozent erhöht werden.

Der Antrag wurde von CDU, FDP, SPD und Grünen abgelehnt. Hartz IV-Wohnungskosten werden in Düsseldorf somit weiterhin rechtswidrig zu niedrig angesetzt. Allen Betroffenen kann nur geraten werden, Widerspruch beim Jobcenter bzw. Klage beim Sozialgericht zu erheben.

## IMPRESSUM

### Rheinblick

#### Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE,  
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

#### Redaktion:

Angelika Kraft-Dlangamandla, Michael Friebe, Michael Driever, Ben Klar

#### Tel:

0211 89 95 123

#### Fax:

0211 89 29 588

#### email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

#### web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

#### V.i.S.d.P.:

Gilbert Yimbou

#### Druck:

Berliner Zeitungsdruck

#### Auflage:

50.000

## SteuerprüferInnen

Die Gewerbesteuer ist die größte eigene Einnahmequelle der Städte, sie wird ausschließlich auf den Gewinn von Unternehmen erhoben. Um zu kontrollieren ob die Steuer ordnungsgemäß gezahlt wird, können die Kommunen SteuerprüferInnen einstellen. Die Städte mit den höchsten Gewerbesteuererträgen wie Frankfurt, München oder Stuttgart machen seit Jahren von dieser Möglichkeit Gebrauch und entdecken hohe Summen nicht gezahlter Steuern. Köln nimmt mit sechs PrüferInnen 1,5 Millionen Euro pro Quartal zusätzlich ein. In Duisburg liegen die Mehreinnahmen, die durch zwei PrüferInnen erzielt werden, bei rund 700.000 Euro im Quartal. Bonn kommt im gleichen Zeitraum auf 250.000 Euro bei einer Prüferin. Hochgerechnet aufs Jahr erzielen diese Städte somit Mehreinnahmen von mindestens 1 Million Euro pro PrüferIn. Dem stehen jährliche Personalkosten von rund 80.000 Euro gegenüber. Mit ähnlichen Summen ist auch für Düsseldorf zu rechnen. Dennoch weigert sich die Stadt bislang, den Konzernen näher auf die Finger zu schauen. Mehrere Anträge der Fraktion DIE LINKE zur Einstellung von PrüferInnen wurden abgelehnt. In der letzten Ratssitzung haben wir nachgefragt, ob die Verwaltung die Erfahrungen aus anderen Städten kennt und wie sie sie einschätzt. Eine Antwort haben wir nicht bekommen, da wir vor zwei Jahren zum gleichen Thema eine Anfrage hatten, allerdings mit anderem Inhalt. Das Verhalten der Verwaltung zeigt, dass sie eine wohlwollende Haltung gegenüber großen Unternehmen höher einschätzt, als zusätzliche Einnahmen.

## Hammer Dorfstraße Verwaltung blockiert notwendige Sanierung

In der Hammer Dorfstraße hat die Stadt Düsseldorf Wohnungsbesitz, verteilt auf neun Häuser. Seit Jahren ist an den Häusern nichts mehr getan worden, sie verfallen immer mehr. Die meisten Wohnungen sind mittlerweile nicht mehr bewohnt.

Im vergangenen Jahr hat sich das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum um die Häuser gekümmert. Als das Gerücht auftauchte, dass die Häuser verkauft und abgerissen werden sollten, gab es Protestaktionen, die in einer mehrtägigen Wohnungsbegehung gipfelten.

Die städtische Wohnungsgesellschaft (SWD), die die Häuser verwaltet, nahm Gespräche mit dem Wohnungsbündnis auf. Im Juli 2013 gab es die Zusicherung, dass die Wohnungen nicht verkauft und kurzfristig saniert werden. Übergangsweise sollten einige Wohnungen hergerichtet und zum Wintersemester an Studierende vermietet werden.

Da die Sanierungsarbeiten nicht begonnen wurden, hat das Bündnis immer wieder Gespräche mit der SWD geführt. Die Wohnungsgesellschaft versuchte zu erklären, warum die Arbeiten sich verzögerten. Zunächst mussten die

rinnen und Mieter davon zu informieren. Dann musste man mit den Mieterinnen und Mieter Verträge schließen, um zu vereinbaren, dass sie nach den Sanierungsarbeiten wieder zurück ziehen könnten. Die Verhandlungen dazu haben sich hingezogen.

Dann wurde festgestellt, dass die Finanzmittel, die die SWD jährlich für Sanierungen zur Verfügung stehen, nicht ausreichen, um eine kurzfristige Sanierung sicher zu stellen.

Und, und, und. Bis heute, fast neun Monate nach den Aktionen, wurde mit den Arbeiten nicht begonnen.

Vor den Kommunalwahlen ist damit auch nicht mehr zu rechnen. Was die bisherigen Versprechungen nach den Wahlen noch wert sind, bleibt abzuwarten.



Protestaktion gegen den geplanten Abriss

Foto: dielinke\_nrw

verbliebenen Mieterinnen und Mieter in andere Wohnungen umgesetzt werden, damit die Sanierungsarbeiten in einem leeren Haus beginnen konnten. Allerdings hatte man vergessen, die Miete-

DIE LINKE fordert die Stadt als Eigentümerin auf, die Häuser umgehend zu sanieren und für eine kurzfristige Ausführung genügend Geld zur Verfügung zu stellen.

## Wohnungspolitik a la Düsseldorf 10 Euro/qm ist preisgedämpft

Im vergangenen Jahr wurde am 06.06. mit den Stimmen von CDU/FDP und Grünen das Wohnungsmarktkonzept verabschiedet. Kernpunkt des Konzeptes ist die Einführung von Quoten bei Neubauprojekten. Bei einem Neubau von mehr als 100 Wohnungen sollen 20% als Sozialwohnungen und 20% im preisgedämpften Wohnungsbau errichtet werden. Da bei Projekten, die noch in der Vorplanung sind, das Wohnungs-

marktkonzept nicht angewendet wird und da beim preisgedämpften Wohnungsbau mal von 8,50 und mal von 10 Euro pro Quadratmeter die Rede ist, hat DIE LINKE Ratsfraktion nachgefragt.

Die Antwort der Verwaltung hat ergeben, dass bei Projekten, bei denen vor dem 06.06.2013 schon Entscheidungen gefallen waren, das Konzept nicht angewendet wird. Aufgrund des Vertrauensschutzes der Investoren.

Preisgedämpfter Wohnungsbau bedeutet eine Kaltmiete von 10 Euro pro Quadratmeter. 8,50 Euro sind nur dann anzusetzen, wenn über Drittmittel bei der Finanzierung des Grundstücks eine Kompensation geleistet wird. Bis auf ein Programm der Stadtparkasse stehen keine entsprechenden Förderprogramme zur Verfügung. De facto heißt preisgedämpft also 10 Euro/m<sup>2</sup>. Das ist Wohnungspolitik a la Düsseldorf.

## Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:  
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

# Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein